

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

13.8.1930 (No. 186)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedstr.
Str. Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 268
und 264
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
I. B.:
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittfallender Rabatt, der als Kassencabarett gilt und bewilligt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Vertreibung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Zuspitzung in Asien

Türkischer Einmarsch in Persien

Türkische Truppen haben, um die aufständischen Kurden am Berg Ararat umzingeln zu können, nun tatsächlich die persische Grenze überschritten.

Wie dazu aus Angora gemeldet wird, hat die türkische Regierung, die beschlossen hat, den Protest der persischen Regierung unbeachtet zu lassen, General Salih Pascha, dem Befehlshaber der türkischen Streitkräfte an der Grenze den Befehl erteilt, militärische Operationen gegen die Kurden zu beginnen, die sich am Abhange des Ararat eingegraben haben. Die türkischen Truppen haben Montag Abend die persische Grenze überschritten und auf dem östlichen Abhange des Ararat eine strategische Stellung besetzt, die ziemlich tief im persischen Gebiet liegt. Die Türken haben alle Vorkehrungen getroffen, um den Rückzug der Aufständischen abzuschneiden, und hoffen, der turkischen Gefahr ein für allemal ein Ende zu machen.

Die Unruhen in Nordostindien

Der aufständische Stamm der Afridis bedroht seit einigen Tagen die Hauptstadt Nordwestindiens, Peshawar, trotzdem die Engländer mit Flugzeuggeschwadern gegen die Aufständischen vorgehen. Es kam zu Kämpfen unmittelbar vor den Toren der Stadt. Die Aufständischen suchten sogar in die Stadt einzudringen, die fast eingeschlossen ist.

Dienstag nachmittag traf ein Panzerzug aus Lahore ein, für den das Stadtor geöffnet wurde.

In Ahmadabad wurden wegen unbefugten Verkaufes von Salz am Dienstag insgesamt 74 Personen verhaftet. Bei Zusammenstößen wurden 30 Personen verletzt.

Der Kommunistaufstand in Mittelchina

Wie nun gemeldet wird, haben die Regierungstruppen Tschangsha wieder geräumt, die Wiederbesetzung durch die Kommunisten steht bevor. Die Einwohner sind von Panik ergriffen und flüchten zu Tausenden. Die Stadt Kantschau ist von der Roten Armee eingeschlossen. Vor Kantschau liegen jetzt 20 amerikanische und englische, 9 japanische, 4 französische und 1 italienische Kriegsschiffe, um die Sicherheit der Ausländer zu gewährleisten.

Nach einer Havasmeldung aus Kantschau hat der Gouverneur von Hunan 250 verdächtige Kommunisten hinrichten lassen. Die kommunistischen Elemente sollen erklärt haben, daß sie, um sich zu rächen, sämtliche Personen zwischen 15 und 35 Jahren niedermeßeln würden.

Wie groß ist der Wehrkreis V?

Während früher fast jedermann wußte, zu welchem Armeekorps die Truppen der Heimat gehörten, ist jetzt gar mancher seiner Sache nicht sicher, was eigentlich der Wehrkreis V bedeutet und wie weit er sich erstreckt. Schon der Name „Wehrkreis“ hat zu vielen Nachfragen Veranlassung gegeben. Er ist im Anschluß an die 10 Kreise der alten deutschen Reichsverfassung von 1812 gewählt. Da wir aber nur 7 Wehrkreise haben, entsprechend den 7 Divisionen, die das Versailles Diktat uns bloß erlaubt, sind die einzelnen größer.

Wehrkreis V umfaßt weite Teile des alten schwäbischen und des alten fränkischen und oberdeutschen Kreises und erstreckt sich von Konstanz am Bodensee bis Ulm und Weimar im Osten sowie Hofheim im Norden. Die Standorte der einzelnen Truppen sind folgendermaßen verteilt: Stab des Wehrkreises V Stuttgart-Cannstatt; Inf.-Führer 5 und Art.-Führer 5 Stuttgart; Inf.-Regt. 18 Ludwigsburg, Stuttgart, Ulm, Gmünd; Inf.-Regt. 14 Konstanz, Donaueschingen, Balingen, Reiningen, Künzingen; Inf.-Regt. 15 Kassel, Siegen, Eisenach, Weimar, Marburg, Div.-Kav. 6, Eskadron Reiter-Regt. 16 Erfurt, Art.-Regt. 5 Fulda, Ludwigsburg, Weiblingen, Ulm, Pionier-Bat. 5 Ulm und Neu-Ulm, Kraftfahrer-Abt. 5 Kassel, Stuttgart-Cannstatt-Ulm; Fahr.-Abt. Paffel, Ludwigsburg, Ulm, Nachrichten-Abt. 5 Stuttgart-Cannstatt, Sanitätsabtl. 5 Stuttgart. Truppenübungsplätze Münsingen, Ohrdruf. Im Wehrkreis V sind von der 3. Kav.-Div. untergebracht: Reiter-Regt. 16 Erfurt, Hofheim, Rangensalza; Reiter-Regt. 18 Stuttgart, Ludwigsburg.

21 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland

Nach einer Statistik des Reichsarbeitsamts gab es bei der letzten Berufszählung am 18. Juni 1926 in Deutschland 19 560 000 hauptberuflich erwerbstätige Arbeitnehmer, darunter 10 980 000 männliche und 3 504 000 weibliche Arbeiter, 15 000 männliche und 1 311 000 weibliche Hausangestellte und 2 000 männliche sowie 18 000 weibliche Heimarbeiter. Zu diesen 19 560 000 Arbeitnehmern gesellten sich weitere 300 000 Personen, die nur nebenberuflich als Arbeitnehmer beschäftigt waren. Anfangs 1926 wurde die Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer auf 20 685 000, Anfangs 1929 auf 20 981 000 und Anfangs 1930 auf 21 404 000 Personen geschätzt. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich demnach in Deutschland im Laufe der letzten 5 Jahre um rund 1 800 000 erhöht.

Beisehung General Reinhardt. In Anwesenheit des Chefs der Heeresleitung, Generaloberst Dede, des württembergischen Finanzministers Dr. Dehlinger, des Wehrkreiskommandeurs des Wehrkreises V, General Seutter von Löben, und zahlreicher anderer Persönlichkeiten wurden am Dienstag auf dem Tag-Friedhof in Stuttgart die sterblichen Überreste des General Reinhardt zur letzten Ruhe bestattet.

Letzte Nachrichten

Etat 1931 und Finanzreform

Die Pläne des Reichskabinetts

BRN, Berlin, 13. Aug. (Priv.-Tel.) Die Reichsreform ist zur Zeit damit beschäftigt, die Vorarbeiten für die Aufstellung des Haushalts 1931 zu leisten. Die Aufstellung dieses Etats wird unter Bedingungen aller strengster Sparamkeit vor sich gehen. Im Zusammenhang damit stehen die Arbeiten für die Vorbereitung der Finanzreform. Die der „Germania“ zufolge verlautet, wird sich das Reichskabinett anfangs nächster Woche in Berlin versammeln, um über diese Frage zu beraten.

Waffenbeschlagnahme in München

BRN, München, 13. Aug. (Tel.) Bei einer Versammlung der Nationalsozialisten im Zirkus Krone wurden ungefähr 40 Teilnehmern Waffen, darunter feststehende Messer, Stabklingen und Schlagringe, abgenommen. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Gegen ihre Besitzer wird auf Grund der Rotverordnungs über Waffenmissbrauch gerichtlich vorgegangen.

Die Streiklage in Frankreich

BRN, Paris, 13. Aug. (Tel.) Bei kommunistischen Kundgebungen in Lille sind 13 Arbeiter verhaftet worden, 6 davon wegen Behinderung von Arbeitswilligen. Für heute Abend erwartet man die Antwort der Arbeitgeber auf einen Vorschlag der Arbeiter zur gemeinsamen Besprechung beim Präfeldern. Nach dem „Echo de Paris“ haben in den letzten Tagen etwa 10 000 Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Im Streikgebiet sind Maßnahmen zur Binderung der Rot, Kinder-speisungen usw. getroffen worden.

Vorschlag eines Balkanlocarno

BRN, Angora, 13. Aug. (Tel.) Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi hat an den griechischen Botschaftern in Angora ein Schreiben geschickt, in dem er sagt, die Zeit scheint ihm gekommen zu sein, ein Balkanlocarno zu vereinbaren. Er fügt hinzu, der türkische Gesandte in Athen werde der bevorstehenden Konferenz der interessierten Balkanmächte als Beobachter beizutreten.

Lohnkonflikt im Ruhrbergbau

Eine Verlautbarung des Bechenverbandes, in der „vorsorglich“ die Kündigung des Lohnvertrages für die Ruhrbergarbeiter in Aussicht gestellt wurde, hat — wie aus Essen gemeldet wird — in den Kreisen der Bergarbeiterverbände größtes Aufsehen erregt. Wie das „R. F.“ berichtet, hat innerhalb der am Tarif beteiligten Bergarbeiterverbände noch keine gemeinschaftliche Besprechung über die Tariffrage im allgemeinen und über die Frage einer Kündigung des Lohnvertrages für die Bergarbeiter im besonderen stattgefunden. Die Tarifgemeinschaft der vier in Frage kommenden Bergarbeiterverbände kann noch als bestehend gelten. In Kreisen der Bergarbeitergewerkschaften neigt man der Ansicht zu, daß es sich bei der Ankündigung des Bechenverbandes um ein taktisches Manöver handelt. Man ist nunmehr darauf gespannt, ob der Verband die Kündigung tatsächlich aussprechen wird.

Der französische Etat

Sparanklet der Ressorts gefordert

Die Dienstag nachmittag in Rambouillet stattgefundene Ministerbesprechung war Fragen des Etats gewidmet. Budgetminister Germain Martin setzte auseinander, wie das Budgetgleichgewicht hergestellt werden könne. Von 1926 bis 1930 seien die budgetären Anforderungen um 18 Milliarden gestiegen; das Budget von 1930 weise eine Steigerung um 5 Milliarden im Vergleich zum vorausgegangenen Budget auf. Es würden für 1931 in Frage kommende Anforderungen wieder ein Mehrkommen von etwa 6 Milliarden erforderlich machen.

Der Minister trat verteilte die Ansicht, daß diese unaufschiebbare Erhöhung nicht andauern dürfe, und beschloß, die Anforderungen eines jeden Ministeriums einer durchgreifenden Revision zu unterziehen. Es soll versucht werden, durch eine neue Steuer und eine weitere Anleihe der budgetären Anforderung gerecht zu werden. Der Ministerpräsident und der Minister für das Budget und die Finanzen sind beauftragt worden, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Beleidigungsprozeß Braun-Göbbels. Der wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten Braun angeklagte gewesene nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göbbels wurde in Hannover freigesprochen. Göbbels erklärte, daß er in seinen Ausführungen am 5. November nur dem Reichstagskanzler a. D. Bauer Korruption vorgeworfen habe. Die Überwachungsbeamten der politischen Polizei bestätigten, daß der Name Braun gefallen sei. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten beantragt. Gegen das freisprechende Urteil hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die neue Verhandlung dürfte in etwa acht Wochen in Hannover vor der Großen Berufungskammer stattfinden.

36. Deutscher Weinbaukongreß. In den Tagen vom 30. August bis 2. September findet in Trier der 36. Deutsche Weinbaukongreß statt. Wichtige Probleme des gesamten deutschen Weinbaues werden in einer Reihe von Vorträgen behandelt. Ein besonderes Gewicht wird auf das Weinbaugeschäft gelegt. Bei der Tagung des Reichsausschusses für Weinbaubeförderung werden ebenfalls interessante Themen behandelt. Mit dem Weinbaukongreß ist eine große Weinbauausstellung verbunden; auch Baden wird stark beteiligt sein.

Der Stand der Saarfrage

Erklärungen von Staatssekretär z. D. von Simson

Der Führer der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, Staatssekretär z. D. von Simson, erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Rdn. Zeitung“ über den Stand der Saarfrage folgendes:

Die Verhandlungen sind beinahe ausschließlich wegen der Unmöglichkeit einer Einigung in der Grubenfrage suspendiert worden. Gewiß waren die beiden Delegationen auch in anderen Fragen noch weit auseinander, aber ich habe die Überzeugung, daß in all diesen Fragen schließlich eine Verständigung zustandegekommen wäre. In der Grubenfrage aber standen sich die französische These, die eine Lösung auf der Grundlage einer französischen Beteiligung am Betriebe der Saargruben zum Ziele hatte, und die deutsche These, derzufolge die Gruben ungeschmälert wieder in das Eigentum und den Betrieb ihrer früheren Besitzer, des preussischen und des bayerischen Staates, zurückgeführt werden sollten, unvereinbar gegenüber.

Die französische Delegation hat sich zur Begründung ihrer These teils auf die Bedürfnisse der auf die Saarlokale angewiesenen französischen Güterindustrie, teils auf die allgemeine Idee einer deutsch-französischen Zusammenarbeit, für die die Saargruben ein besonders geeignetes Betätigungsfeld seien, berufen. Deutscherseits konnte weder das eine noch das andere Argument anerkannt werden. Der Bedarf der französischen Industrie an Saarlokale hätte sich sehr wohl durch langfristige, mit allen Kautelen versehene Lieferungsverträge sicherstellen lassen, um so mehr, als an einer derartigen Regelung auch der Eigentümer der Saargruben naturgemäß interessiert ist. Die deutsche Delegation wäre zum Abschluß solcher Verträge bereit gewesen, hat aber keine Gelegenheit gehabt, ihre Vorschläge näher zu entwickeln. Was jedoch die Idee der deutsch-französischen Zusammenarbeit betrifft, so bin ich gewiß ihr aufrichtiger Anhänger, doch kann man von „Zusammenarbeit“ zwischen zwei Partnern nicht sprechen, wenn diese darin bestehen soll, daß lediglich die eine dem anderen einen Anteil an seinem Besitz einräumt.

Die deutsche Delegation hatte aber nicht nur eine Frage der reinen Kohlenwirtschaft zu lösen, sie hatte vor allem die Stellungnahme der Saarbevölkerung zu berücksichtigen. Die Deutschen an der Saar haben seit 1920 keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne laut vor aller Welt zu erklären, daß sie das im Versailler Vertrag niedergelegte Sonderregime für das Saargebiet ablehnen und keinen sehnlicheren Wunsch haben als die möglichst baldige Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande. Es war daher nur der selbstverständliche Ausdruck des Gefühls der nationalen Zusammengehörigkeit, wenn die deutsche Regierung und die deutsche Delegation sich bei den Verhandlungen in engster Übereinstimmung mit der Saarbevölkerung hielten und nur solche Lösungen ins Auge faßten, die der Zustimmung dieser Bevölkerung sicher waren. Die deutsche Delegation hat entscheidenden Wert darauf gelegt, diese Übereinstimmung noch vor Eröffnung der Verhandlungen festzustellen und während ihres ganzen Verlaufes beizubehalten.

In der Grubenfrage aber haben die berufenen Vertreter sämtlicher Parteien und Berufsstände der Saarbevölkerung ausnahmslos mit großer Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß keine andere Lösung in Frage kommen könne als die Rückführung der Gruben in das Eigentum des preussischen und bayerischen Staates. In dieser Stellungnahme kommt ein durchaus gesundes politisches Empfinden zum Ausdruck. Man kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß das Saargebiet Grenzland ist und als solches Gegenstand von Aspirationen gewesen ist. Bei solcher Lage ist es sicherer und besser, klare und eindeutige Verhältnisse in bezug auf die Vorkaufsrechte zu schaffen.

Von der Bevölkerung muß ich noch in einem anderen Zusammenhang sprechen. Bei den Verhandlungen bin ich auf französischer Seite wiederholt der Ansicht begegnet, daß das Ergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet keineswegs so sicher sei, wie deutscherseits angenommen werde. Man rechnet zwar auf französischer Seite nicht mit einem für Frankreich günstigen Ausgang, glaubt aber, daß die Bevölkerung sich vielleicht doch für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes aussprechen könnte, und man begründet dies damit, daß der gegenwärtige Zustand große wirtschaftliche Vorteile für die Bevölkerung mit sich bringe, die ihr bei Wiedervereinigung mit Deutschland verloren gehen würden. Es ist erstaunlich, daß solche Ansichten bestehen. Eine Volksabstimmung hat nichts mit einem wirtschaftlichen Kalkül zu tun. Man muß eigentlich eine Bevölkerung recht gering einschätzen, wenn man annimmt, sie könnte sich bei der Entscheidung über ihre ganze nationale Zukunft nach der augenblicklichen wirtschaftlichen Konjunktur richten. Ich weiß nicht, auf welchen Quellen die französischen Informationen über die voraussichtliche Haltung der Saarbevölkerung beruhen. Jedenfalls sind sie falsch. Auf deutscher Seite besteht die tiefste Gewißheit, daß sich bei einer Abstimmung eine Stimmenmehrheit von nahezu 100 Proz. für Deutschland ergeben würde, und diese Gewißheit beruht nicht auf Informationen einzelner Personen, sondern auf ständiger, enger Fühlungnahme mit sämtlichen Kreisen der Bevölkerung und ihren berufenen Vertretern. Wie sehr man sich in Frankreich über die Stimmung einer deutschen Bevölkerung täuscht, hat sich ja auch im Rheinland gezeigt. Aberhaupt ist es eine alte, in der Kriegszeit auch von uns gemachte Erfahrung, daß der Okkupant sich nur zu leicht über die wahre Stimmung der Bevölkerung Illusionen macht.

Die sogenannte „Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes“ ist ein reines Schlagwort. Selbstverständlich ist darunter für die Abstimmung nur die Aufrechterhaltung des Zustandes zu verstehen, wie er durch den Versailler Vertrag

Bestimmt worden ist. Dieser Zustand ist aber sehr verschieden von dem, wie er gegenwärtig tatsächlich im Saargebiet besteht, gerade in wirtschaftlicher Beziehung. Durch weitgehende, von deutscher Seite freiwillig gewährte Vorteile auf sozialpolitischem und sozialem Gebiet ist das Versailler Regime beträchtlich modifiziert worden, und wenn das Saargebiet zur Zeit eine gewisse wirtschaftliche Vorzugsstellung besitzt — diese wird in Frankreich stark überschätzt, und es stehen ihr auch Nachteile gegenüber —, so gründet sich diese fast ganz auf die deutschen Zustände. Es versteht sich von selbst, daß bei einer Abstimmung nur die Beibehaltung des bloßen Versailler Regimes ohne diese Modifikationen in Betracht kommen könnte.

Wir sind, auch hier in voller Übereinstimmung mit der Saarbevölkerung, überzeugt, daß eine solche Regelung für das Saargebiet die allerhöchsten Folgen auf wirtschaftlichem und vielleicht noch mehr auf sozialem Gebiet haben würde, und daß auch vom reinen wirtschaftlichen Interessensgesichtspunkt aus die Rückgliederung an Deutschland für das Saargebiet die allein mögliche Lösung darstellt. Endlich mutet man der Saarbevölkerung mit dem Versuch, ihr die „Ausrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes“ schmackhaft zu machen, auch geradezu den Verzicht auf politische Rechte zu, die heute in Europa selbstverständlich sein sollten. Nach dem Versailler Regime ist ja die Bevölkerung von der Regierung so gut wie völlig ausgeschaltet. Kann man im Ernst annehmen, daß eine selbstbewußte Bevölkerung sich mit einem solchen Zustand auf die Dauer abfinden würde? In den Zeitungen des Saargebietes wird dieser Zustand häufig und nicht ganz mit Unrecht als Kolonialherrschaft bezeichnet.

Das bisherige Ergebnis der Verhandlungen ist gewiß unbefriedigend. Außerlich haben sie sich in angenehmen Formen abgepielt, aber die sachlichen Gegensätze erwiesen sich bei allem guten Willen doch als zu stark. Im Interesse der Einigung sind wir sehr weit gegangen. Frankreich sollten nicht nur die wirtschaftlichen Vorteile belassen werden, die ihm der Versailler Vertrag bis 1935 gewährt, sondern auch darüber hinaus hätte seine Wirtschaft aus unseren Zuständen erheblichen Nutzen ziehen können. Aber für unsere Zustände gab es eine Grenze. Hätte Deutschland auch die weitergehenden französischen Forderungen angenommen, so hätte es Zustände gemacht, die noch weit über den Versailler Vertrag hinausgingen und von der Saarbevölkerung einmütig abgelehnt worden wären. Das war natürlich unmöglich. Auch wäre der einzige Vorteil, der sich für Deutschland ergeben hätte, die vorzeitige Rückgliederung des Saargebietes, damit viel zu teuer erkauft worden. Diese Rückgliederung wird nach dem Versailler Vertrag Anfang 1935 erfolgen müssen. Für eine Vorverlegung dieses Termins um nur vier Jahre können, so sehr sie im nationalen Interesse erwünscht wäre, nicht übergroße Opfer gebracht werden.

Weshalb waren die Verhandlungen nicht wertlos. Das Problem mit all seinen zum Teil technisch, wirtschaftlich und juristisch außerordentlich schwierigen Fragen ist aufgeworfen und eingehend erörtert worden, auch haben sich in einigen Fragen bereits annehmbare Lösungsmöglichkeiten abgezeichnet. Ich gebe daher die Hoffnung nicht auf, daß es gelingen wird, die Verhandlungen auf einer neuen, erfolgversprechenden Grundlage wieder aufzunehmen. Daß der deutsche Standpunkt nicht geändert werden kann, liegt auf der Hand. Die Einigung wird in dem Augenblick möglich sein, in dem sich Frankreich klar macht, wie wertvoll für seine Wirtschaft, die von uns gegenwärtig noch gemachten Zugeständnisse sind. Zugeständnisse, die Deutschland natürlich, wenn wir zeitlich noch näher an die Volksabstimmung herankommen, nicht mehr machen könnte, wenn Frankreich vor allem zu der Erkenntnis gelangt, daß das oberste Ziel der Verhandlungen nicht die Befriedigung gewisser materieller Interessen ist, sondern die Vereinigung einer politischen Restfrage aus dem Kriege zum Vorteile für die deutsch-französische Verständigung und die Befriedung Europas.

In Mesopotamien herrscht gegenwärtig große Hitze. Die letzte Woche wurden Temperaturen von 54 Grad Wärme im Schatten gemessen. In Bagdad sind 57 Personen, darunter zwei Europäer an Hitzschlag gestorben.

Das Gebiet zwischen Tientsin und Nankin wurde in der vergangenen Woche durch Überschwemmungen verwüstet. In zahlreichen Stellen wurde die Eisenbahnlinie Peking-Nankin und die Brücken weggerissen. Hunderte von Personen ertranken. Mehrere tausend Personen flüchteten in die Küstenstädte.

Kunst der Zeichnung in Italien

(Ausstellung der Städt. Kunsthalle Mannheim bis Ende August)

Es waren zunächst wirtschaftliche Momente — Verringerung der angeforderten und vom Bürgerausschuß bewilligten Mittel —, die zu der eigentlich an sich selbstverständlichen Idee führten, nicht nur die lebendige Kunst der Gegenwart anschaulich vorzuführen, sondern auch die reichen Bestände des graphischen Kabinetts einmal zu verlebendigen. Der Begriff „Sammelidee“ erhält auf diese Weise einen auch dem Laien klaren Inhalt, namentlich wenn diese Arbeit, die sich zunächst mit der Kunst Italiens befaßt, in anderen Beispielen später fortgesetzt werden soll.

Ein an sich beschränktes Gebiet „Die Kunst der Zeichnung“ wird dem Publikum nahegebracht. Drei Jahrhunderte, von ungefähr 1400 bis 1700, werden gezeigt, selbstverständlich nicht in Original, so reich ist die junge städtische Kunsthalle in Mannheim nicht, aber in ganz vorzüglichen Reproduktionen, die die Schönheit des Originals nicht minder widerstrahlen. Zwar verlangt eine solche Schau vom Laien und auch vom Künstler nicht nur die Vorbedingung des sich vertiefenden Willens zum Genuß, man muß auch zur Durchdringung dieses ungeheuren Stoffes manche Kenntnisse der Entwicklung besitzen. Denn diese schönen Blätter zaubern ein Bild der Kultur uns vor Augen, das trotz seiner Einseitigkeit eine abgeklärte Chronik der Zeiten darstellt, wie es eben jede echte Kunst tut, die immer mit den allgemeinen Anschauungen, den Problemen der Zeit, Hand in Hand geht.

Eine Erkenntnis drängt sich allerdings sofort dem Laien wie dem Fachmann auf. Ein ungeheures technisches Können, eine fast rätselhafte Sicherheit in der Gestaltung des menschlichen Körpers beherrscht alle diese Arbeiten, die doch im Grunde genommen nur Vorstudien zu den großen Kunstwerken der Meister darstellen. Man vergleiche einmal eine neuzeitliche Kunstausstellung mit der Serie dieser Jahrhunderte. In unseren Ausstellungen begegnet man nur selten dieser souveränen Vielgestaltigkeit des menschlichen Körpers, zumeist beherrschende hohe Landschaften des Saals. Hier aber spricht schon aus den Entwürfen der geistige Ausdruck der Epoche.

Eine klare systematische Ordnung nach Zeiten und Schulen gibt der Ausstellung das Gesicht. Sie beginnt mit dem Ausgang des Mittelalters, läßt die Plastik hinter sich zurück, die Formen lösen sich vom imaginären Hintergrund, befreien

Zu den Reichstagswahlen

Reine neuen Sammlungsverhandlungen

Die durch die Presse gebenden Mitteilungen, wonach am Dienstag auf Einladung des Ministers Treviranus zwischen der konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei neue Besprechungen über die Festsetzung eines gemeinsamen Aktionsprogramms stattfinden sollten, entsprechen nicht den Tatsachen. Wie wir hören, ist weder an die Deutsche Volkspartei noch an die Wirtschaftspartei eine Einladung zu einer solchen Besprechung ergangen.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat am Dienstagmittag im Reichstag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Zur Beratung standen die vom Aktionsausschuß der Staatspartei vorgelegten Kandidatenlisten für die Reichstagswahlen. Die Besprechungen sind nur vorbereitenden Charakters, da die endgültige Entscheidung bei den Organen der Staatspartei liegt.

In einer Besprechung zwischen Vertretern früherer Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei, dem Ring junger sozialistischer Studentengemeinschaften und dem Reichsbund demokratischer Studenten ist beschlossen worden, den Akademischen Gesamtverband der Deutschen Volkspartei zu gründen.

Konservative Volkspartei und Monarchismus

Im Pressebüro der konservativen Volkspartei nimmt der erste Vorsitzende, Minister Treviranus, in folgender Weise zu der Diskussion Stellung, die durch die Äußerungen über konservativ Volkspartei und Monarchie entstanden ist:

Die Frage der Staatsform spielt für die Arbeit der konservativen Volkspartei nicht die Rolle, die ihr von anderen Kreisen zugeschrieben wird. Es geht den konservativen Kräften ausschließlich um die nächstliegende Aufgabe des gefundenen Staatsaufbaues schlechthin und auch Graf Westary bekennt, daß unser konservatives Gedankengut sich nicht in dem monarchistischen Gedanken erschöpft, der sich für ihn aus dem preussischen und deutschen Konservatismus ergibt. Unter „rückwärtsloses Vortreten“ ist auch das keine. Wir lassen den einzelnen politischen Menschen bei uns die Freiheit, nach seinem Gewissen darüber zu entscheiden und selbst zu bestimmen, wie weit er mit denen gehen kann, die den konservativen Gedanken in die neue Zeit weiter tragen wollen, in schöpferischer Gestaltung für das politische Tages- und Zukunftswerk.

Kandidaturen

Die konservativen Volkspartei, Wahlkreis Baden, hat General von Lettow-Vorbeck als Spitzenkandidaten aufgestellt. An zweiter Stelle der Liste steht der langjährige Führer des Jungnationalen Bundes, Dr. Walter Kayser. Lettow-Vorbeck kandidiert auch in Oberbayern-Schwaben und Thüringen. Der Bayerische Landbund, die Hauptstütze der Deutschnationalen in Bayern, geht, der Parole des Reichslandbundes entsprechend, auch in Bayern selbständig in den Wahlkampf, obgleich der Ehrenvorsitzende des Bundes Weiland sich für Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der Partei Eugenbergs eingelassen hat.

Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund stellt für den Reichstagswahlkreis Oberbayern-Schwaben als Spitzenkandidaten die bisherigen Reichstagsabgeordneten Landwirtschaftsminister a. D. Fehr, Kling und Eisenberger auf.

Die konservative Volkspartei hat, wie aus Hannover berichtet wird, in den Wahlkreisen Süd-Hannover-Bräunschweig und Stadt Hannover auf die Auffstellung eigener Kandidaten verzichtet und wird die Liste der Deutsch-Hannoverschen Partei unterstützen.

Die Deutsche Staatspartei hat als Spitzenkandidaten in Bremen den bisherigen demokratischen Reichstagsabgeordneten Ohlmann, in der Pfalz den Weinbauinspektor Knab (Ebenlofen), in Schleswig-Holstein den Hofbesitzer Gustav Paulsen (Kühfeld) aufgestellt.

In Mittelschlesien (Wahlkreis Breslau) ist sozialdemokratischer Spitzenkandidat Reichstagspräsident Löbe.

In Ostpreußen kandidiert wieder der preussische Ministerpräsident Otto Braun als sozialdemokratischer Spitzenkandidat. Die Deutsche Volkspartei hat neuerdings folgende Spitzenkandidaturen festgelegt: Wahlkreis Breslau: Fehr, Werner v. Rheinbaben; Liegnitz: Dr. Ing. Max Schmidt (Kirchberg); Westfalen-Nord: Dr. Hugo; Halle-Merseburg: Dr. Carl Gremer (Berlin).

In England wurden in der letzten Woche durch Verkehrsunfälle 75 Personen getötet und 167 verletzt.

sich aus Starrheit zu ungebundener Freiheit. An die Stelle einer strengen Monumentalität tritt Bewegung. Der plastische Mensch wird für die Kunst erobert und dazu der perspektivische Raum entdeckt. Gerade an den Zeichnungen des 14. Jahrhunderts mit seinen Schulen von Florenz, Siena, Verona, Padua, Ferrara kann man die Linie genau verfolgen, wie sich die Menschen an der neu erlebten Natur erfreuen. Aber die Macht der Kirche ist zu groß, um ungehemmt einer Zeit und Kunst, die keinen übernatürlichen Zug mehr hat, freien Lauf zu lassen. Sie weiß auch die Künstler in ihren Bann zu ziehen. In Florenz schaffen Botticelli und Filippino Lippi neue Momente, die mit jeltamer Stimmungswelgerei die Seele wieder einem mystischen Glauben zuführt. Die frühere Renaissance mit all ihren Sehnsüchten nach dem Geist des Griechentums beginnt aber ihre Wirkungen auszustrahlen. Es mischen sich in die heilige Stimmung anfänglich lyrische Empfindungen, die allmählich zu den dramatischen Ausdrücken der Meister der Hochrenaissance, der Klassiker des 16. Jahrhunderts, überleiten, bestimmt durch Leonardo, Raphael und Michel Angelo, denen in dieser Ausstellung mit Recht ein besonderer Saal eingeräumt wurde. Aber die ursprüngliche Sinnlichkeit der Natur triumphiert das Majestätische und Titanische, entwickelt sich ein neuer Schönheitsbegriff, der endgültig den Stil stampelt und in Tizian, Verdone den letzten klassischen Ausdruck findet.

Und immer üppiger, reicher, spielerischer, bis zur virtuososen Verschönerung und Verkürzung formen die Künstler ihr Menschen- und Zeitideal. Aber auch immer leerer wird der Inhalt der Spätrenaissance, das technische Können ist zur Höchstentwicklung gelangt, die Himmel öffnen sich über den grotesken Kurven des Barocks, und schließlich im 17. und 18. Jahrhundert in utopischen Wolkphantasien, in wildesten Farbensymphonien zu endigen.

In neun Räumen präsentiert sich eine Kunst eindringlich, individuellster Art, eine Ausstellung, die immer wieder zeigt, daß die städtische Kunsthalle Mannheim auch tote Kunst lebendig zu machen versteht.

A. Lehmann.

Österreichische Auszeichnung für Prof. Max Reinhardt. Der Landeshauptmann von Salzburg, Dr. Nehrl, überreichte Prof. Dr. Max Reinhardt das vom Bundespräsidenten verliehene große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Die feierliche Überreichung hat in den Repräsentationsräumen der Residenz während einer vom Landeshauptmann aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Salzburger Festspiele veranstalteten Ehrenfeier stattgefunden.

Die Treviranus-Rede

Erklärungen des Reichsministers

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, wies im Rundfunk in einem Zwiegespräch mit Chefredakteur Dr. Bondy die unsachliche Kritik zurück, die seine Rede vor den heimattreuen Verbänden im In- und Auslande gefunden habe. Unter dem Begriff „Krongeist“ verleihe er nicht Kriegslüsterheit, sondern größere Kameradschaftlichkeit und stärkere Verbundenheit. Der Minister betonte, daß er selbstverständlich in keiner Weise an eine Revision der Ostgrenzen mit abenteuerlichen kriegerischen Mitteln gedacht habe, als er in seiner Rede vom Sonntag erklärte, die Grenzen des Reiches hielten nicht stand gegen Völkerverrecht und nationalen Lebenswillen. Es sei darüber niemals ein Zweifel gelassen worden, daß die Verträge, die völkerrechtsgültig abgeschlossen worden sind, auch eingehalten werden sollen. Das Unrecht der Grenzziehung könne nur auf dem Wege der friedlichen Verständigung beseitigt werden. Aber Deutschland könne auf seine Forderung nach Gleichberechtigung nicht verzichten.

In seinem Schlusswort betonte der Minister, daß die Deutschen, die waffenlos und ohne irgendwelche technischen Hilfsmittel, die sich im entferntesten mit den Rüstungen der Nachbarn vergleichen könnten, inmitten Europas lebten, den Frieden brauchten als Voraussetzung ihrer Lebensmöglichkeit, allerdings einen Frieden, der so ehrlich, so rein und klar sein müsse, daß er den Namen Frieden verdiene.

Die Pariser Zeitung „Matin“ konstruierte aus einer Unterredung, die zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem deutschen Votschafter v. Dösch stattgefunden hat; die angebliche Tatsache, daß der Votschafter v. Dösch nicht verfehlt habe, die Wirkung der Rede des Reichsministers Treviranus abzuschwächen. Andere Zeitungen wollten sogar wissen, daß sich der Votschafter für die Rede entschuldigt habe. Wie hierzu von unrichtiger Seite in Berlin erklärt wird, ist es vollkommen falsch, anzunehmen, daß der deutsche Votschafter Veranlassung habe, sich zu entschuldigen. Wohl ist in der Unterredung auch die Rede Treviranus gestreift worden. Der französische Außenminister hat auf die Rede hingewiesen. Der deutsche Votschafter v. Dösch hat es daraufhin aber nicht für nötig gehalten, auf die Einzelheiten näher einzugehen.

Kurze Nachrichten

Reichspräsident von Hindenburg ist am Dienstag in Dietrichsdorf bei Tölz eingetroffen und von der Bevölkerung herzlich begrüßt worden.

Einigung über die Osthilfe. Das Reichskabinett hat am Dienstag die Osthilfestragen erledigt. Die Verhandlungen sind abgeschlossen. Es ist ein volles Einverständnis mit den preussischen Stellen erzielt. Die Einzelverordnungen sind nunmehr dem Reichspräsidenten zugeleitet worden.

Japanischer Besuch. Der Bruder des Kaisers von Japan, Prinz Takamatsu, trifft voraussichtlich bereits heute mit seiner Gemahlin zu einem mehrtägigen Besuch in Deutschland ein. Das prinzipielle Paar wird, von Holland kommend, sich zunächst nach Bremen begeben. Am Freitag erfolgt die Weiterreise nach Berlin. Der Aufenthalt in der Reichshauptstadt wird sich auf fünf Tage erstrecken. Von Berlin aus begeben sich der Prinz und seine Gemahlin nach Stodholm, jedoch verläutet, daß der Prinz, der schon seit mehreren Wochen in Europa weilt, später noch ein- oder zweimal nach Deutschland zurückkehren und hier insbesondere wirtschaftliche und industrielle Anlagen zu besichtigen beabsichtigt.

König Feisal vom Irak hat Dienstag abend Berlin verlassen und die Reise nach Paris angetreten. In einer der deutschen Presse übermittelten Erklärung dankte der König der deutschen Regierung und der Bevölkerung für den Empfang. Er hoffe, seinen Besuch in Deutschland wiederholen zu können, um dieses große Land besser kennenzulernen. Zum Schluß spricht er den Wunsch aus, daß insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich weiter erfreulich entwickeln mögen.

Die italienischen Industriellen, die sich, wie gemeldet, auf einer Studienreise durch Deutschland befinden, sind am Dienstag in Berlin eingetroffen. Sie folgten u. a. einer gemeinsamen Einladung des Deutschen Industrie- und Handels-tages, der Industrie- und Handelskammer Berlin und des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einem Frühstück.

Der belgische sozialistische Parteiführer Vandervelde hat in Begleitung seiner Gattin eine Reise nach China angetreten, wo beide in einer Reihe von Vorträgen sprechen werden.

Präsident Hoover hat auf seine Ferien, die er im Gebirge verbringen wollte, endgültig verzichtet. Die Beamten des Weißen Hauses erklärten, der Präsident sei der Meinung, er könne in Washington, wo er sich mit der durch die Trockenheit verursachten Krise beschäftigen würde, seinem Lande besser dienen.

Witterungsumschlag in Amerika

Nachdem in den letzten Tagen die Temperatur verschiedentlich bis auf 38 Grad Celsius gestiegen war, wird jetzt aus den verschiedensten Landesteilen der Vereinigten Staaten, insbesondere aus dem Süden, ein völliger Umschlag gemeldet. Teilweise sank das Quecksilber bis unter 4,5 Grad. Die Stadt Elkins in Westvirginia hatte sogar in der letzten Nacht Frost zu verzeichnen. In Pittsburg wurden 10 Grad gemessen. Im Staat New York und in sieben Staaten des mittleren Westens fiel nach der langen Trockenheit starker Regen. Man befürchtet jedoch, daß er für die Maisernte zu spät kommt.

Die Gegend von Bad Reichenhall (Oberbayern) wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Der Schaden ist groß und der Verkehr unterbrochen. Der schlimmste Schaden wurde an der Straße Bad Reichenhall-Zinsbrunn und am Bahndamm Bad Reichenhall-Verdachtsgaden angerichtet. Diese Verbindung dürfte auf mehrere Tage unterbrochen sein. Die Bahnstrecke Bad Reichenhall-Freilassing ist an zwei Stellen durch Dammrutschge beschädigt.

In der Südafrikanischen Union ist durch starke Orkane, anhaltende Regen- und Schneefälle größter Schaden angerichtet worden. Die Fischerei hat sehr gelitten. 15 Fischer, darunter zwei Europäer, sind ertrunken.

Die vor kurzem unter der Meeresoberfläche verschwundene Insel des Vulkanes Krakatau ist wieder aufgetaucht. Gleichzeitig hat sich die Tätigkeit des Vulkans, aus auf Savatia gemeldet wird, erneut belebt.

Das englische Luftschiff „R 100“ will heute den Rückflug nach England antreten. Dieser wird aber kaum so schnell vor sich gehen, wie der Flug nach Kanada, da die Transmission des einen Motors gebrochen ist und nur fünf statt sechs Motoren benutzt werden können. Außerdem ist die Fülle in einem Abstand von etwa einem Meter wiederum gerissen und muß erst repariert werden.

Glückwünsche des Auslandes zum Verfassungstag

Anlässlich des Verfassungstages hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika dem Reichspräsidenten durch ein in herzlichen Worten gehaltenes Telegramm seine Glückwünsche übermittelt. Ebenso haben Glückwunschtelegramme überhand der König von Ägypten, der Schah von Persien, sowie die Präsidenten von Bolivien, China, Kolumbien und Kuba. Eine große Zahl der in Berlin beglaubigten Missionschefs haben persönlich im Präsidentenpalais vorgesprochen, um die Glückwünsche ihrer Staatsoberhäupter zum Ausdruck zu bringen. Auch zahlreiche deutsche Auslandskolonien haben gelegentlich der von ihnen abgehaltenen Verfassungsfeiern des Reichspräsidenten in Begrüßungstelegrammen gedacht.

Thüringen abermals beim Staatsgerichtshof verklagt

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags in Thüringen strengte gegen die thüringische Landesregierung bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich neuerdings eine Klage an, nach der die Ungültigkeit des am 29. März erlassenen Ermächtigungsgesetzes festgestellt werden soll. Der Staatsgerichtshof habe in einer Entscheidung die Ungültigkeit des den Beamtenabbau betreffenden § 7 Abs. 1 des Ermächtigungsgesetzes festgestellt. Der Beamtenabbau wird aber, wie vom Land Thüringen mitgeteilt wurde, nicht auf Grund dieses für ungültig erklärten § 7, sondern anhand anderer Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes durchgeführt. Um der thüringischen Regierung nun jede Möglichkeit zu einem Beamtenabbau zu nehmen, würde die Klage gegen alle übrigen Bestimmungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eingereicht werden.

Das deutsch-amerikanische Tonfilmabkommen

Zwischen den beiden großen internationalen Gruppen der Tonfilmproduzenten, der amerikanischen und der deutsch-holländischen, ist — wie schon kurz gemeldet — in Paris ein Abkommen für die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen worden. Vertragspartei waren auf amerikanischer Seite die wichtigsten Elektrofirmen und Filmproduzenten der Vereinigten Staaten, auf deutscher Seite die Vertreter der Tobis und der Klangfilm-Gruppe, hinter denen wieder die beiden führenden deutschen Elektrokonzerne, Siemens und AEG, stehen.

Durch den Vertrag wird die freie Austauschbarkeit aller Apparate und Filme sichergestellt. Die amerikanischen Tonfilme dürfen also künftig unbeschränkt auf deutschen Apparaten und umgekehrt die deutschen Tonfilme auf amerikanischen Apparaten vorgeführt werden. Die Patentinhaber müssen allerdings Lizenzgebühren erhalten, deren Höhe noch nicht bekanntgegeben worden ist. Die amerikanischen und die deutschen Tonfilmhersteller haben sich ferner gegenseitigen Austausch der technischen Erfahrungen zugesagt. Sie haben außerdem den Absatz auf den Exportmärkten untereinander aufgeteilt, und zwar derart, daß die Amerikaner Nordamerika, Australien, Neuseeland, Indien und Rußland beliefern, die Deutschen dagegen das gesamte deutsche Sprachgebiet, ferner die übrigen österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten, Skandinavien, die Balkanländer, Holland, Finnland und Niederländisch-Indien. Alle anderen Märkte sind für den freien Wettbewerb offen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1929

Einem Bericht der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands entnehmen wir, daß sich die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1929 von 647 894 auf 678 127 gesteigert hat. Unter Hinzurechnung der sonstigen in Deutschen Gewerkschaftsbund stehenden Arbeitergruppen (Eisenbahner usw.) stieg die Mitgliederzahl von 763 643 auf 792 827. Ende 1929 wiesen die größten Verbände folgende Zahlen auf: Metallarbeiter 124 168, Bergarbeiter 102 710, Landarbeiter 80 686, Textilarbeiter 80 303, Fabrikarbeiter 68 119, Bauarbeiter 48 913.

Kleine Chronik

Bei den im Januar aufgefundenen drei Selbstmördern handelt es sich um die Familie des Hamburger Hausmalers Koch. Der Entschlafene Kochs, seiner Gattin und der Tochter (ein Sohn weilt noch in Amerika), aus dem Leben zu scheiden, ist zweifellos auf geschäftliche Schwierigkeiten zurückzuführen. Die Lebensmüden hatten alle Vorbereitungen getroffen, um ihre Identifizierung zu vereiteln.

Zwischen den Ortshausen Eggersdorf und Biere wurde heute morgen ein Postauto des Postamtes Schönebeck a. d. Elbe überfallen. Der unbekannte Täter hat den Führer des Postautos betäubt und mehrere tausend Reichsmark entwendet. Die Oberpostdirektion Magdeburg hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Bei der Station Muldenstein, in der Nähe von Bitterfeld, fiel heute, Mittwoch, früh gegen 2 1/2 Uhr die 23jährige Käthe Simon aus Berlin, Augsburger Straße, aus einem Schlafwagen des Zuges D 13 Mailand-Stuttgart-Berlin. Sie wurde sterbend ins Krankenhaus Bitterfeld gebracht.

Der falsche Leitungsbevollmächtigte Fritz Wachsmid, der am Montag, wie gemeldet, in der Villa Karl Friedrich von Siemens in Berlin den aufführenden Juwelendiebstahl verübt hat, ist von erheblichem Reichtum verfolgt worden. Die Verleumdung, in der man zunächst das kostbarste Stück seiner Bekleidung vermutete, ist eine geschickte Imitation. Nicht anders verhält es sich mit den beiden goldenen Kämmen, deren echte Schwestern sich in wohlverschlossenen Tresoren befinden.

Am Groß-Benediger sind drei fünfzehn- bis siebzehnjährige Schüler aus Köln tödlich abgestürzt. Sie stiegen auf einen hohen Felsen, trotzdem sie für einen Aufstieg nicht alpin ausgerüstet waren, zum Teil sogar nur mit gewöhnlichen Straßenschuhen. Sie rutschten auf dem Neuschnee aus und stürzten in die Tiefe, wo sie mit zertrümmerten Gliedern liegen blieben.

Die Clarenthaler Grubenexplosion bei Saarbrücken hat bisher sechs Todesopfer gefordert. Man hofft, die übrigen zwölf Verletzten am Leben erhalten zu können.

In Magdeburg wurde heute, Mittwoch, früh in einem Garde in Krümmen-Gürtelbogen von drei Personen auf einen Selbstmörder ein Raubüberfall verübt. Er wurde mit einer Eisenklinge niedergeschlagen und dann seiner Geldtasche beraubt. Zwei der Räuber, der Dekorateur Albert und der Gärtner Kaus, beide arbeits- und obdachlos, wurden festgenommen.

Auf dem Hüfing bei Kanton ist ein großer chinesischer Dampfer auf eine Mine gestoßen und gesunken. Dabei fanden 70 Passagiere, meist Frauen, den Tod.

Der Polarforscher Sir Hubert Wilkins, der, wie gemeldet, beabsichtigt, in einem Untereisboot unter dem Fackel zum Nordpol vorzudringen, hat für das ihm von der amerikanischen Regierung zur Verfügung gestellte U-Boot 10 000 Dollars hinterlegt. Er will das Boot überholen lassen.

Durch einen Taifun, der eine Stundengeschwindigkeit von 80-90 Kilometer erreichte, wurden im südöstlichen Japan große Verwüstungen angerichtet.

Badischer Teil

„Verfassungstag in Karlsruhe aber keine Verfassungsfeier“

Unter dieser Überschrift meldet der Karlsruher r-Korrespondent der „Neuen Badischen Landeszeitung“ in der Nr. 404 dieses Blattes vom 12. August, es gehöre zu den Absonderlichkeiten, die bereits Tradition geworden sind, daß zwar der badische Staat den Verfassungstag zum Feiertag erklärt habe, daß aber die badische Regierung noch nie in der Landeshauptstadt eine offizielle Verfassungsfeier größeren Umfangs abgehalten habe. Auch diesmal habe man sich mit einem Fadelzug der Polizei am Vorabend und mit einem sogenannten Stadtgartenfest begnügt, das zwar Verfassungsfeier genannt worden sei, in dessen Verlauf aber niemals irgendwie die Verfassung erwähnt worden wäre.

Wie jedermann in Karlsruhe weiß, hat im vorigen Jahre anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Reichsverfassung auf dem Schloßplatz eine große Verfassungsfeier unter der Anteilnahme sämtlicher hiesiger Vereine und weitester Kreise der Bevölkerung stattgefunden, bei der Staatspräsident Dr. Schmitt eine größere auf den Inhalt und die Entstehung der deutschen Reichsverfassung bezügliche Festrede gehalten hat.

Auch am letzten Sonntag hat Staatspräsident Dr. Schmitt bei der Feier im Stadtgarten das Wort ergriffen, um in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung des Tages und die Wichtigkeit der Reichsverfassung für das Staatsleben des deutschen Volkes hinzuweisen. Der r-Korrespondent der „Neuen Badischen Landeszeitung“ scheint nicht nur bei der Feier im Stadtgarten selbst durch Abwesenheit gekränkt, sondern es auch nicht der Mühe wert gefunden zu haben, sich über ihren Verlauf zu erkundigen, sonst wäre es nicht möglich, daß wider besseres Wissen seinem Blatte derartig falsche Nachrichten übermittelt werden.

Verfassungsfeier der Polizei

Auf Anordnung des Ministers des Innern fanden am 11. August besondere Verfassungsfeiern in den Polizeiantreten statt. Bei der Karlsruher Feier, der auch in Vertretung des Herrn Ministers Ministerialdirektor Weigel beiwohnte, waren in Anwesenheit von Ministerialrat Dr. Ward und Polizeioberst Mantelmann die Beamten der uniformierten und nichtuniformierten Polizei sowie der Gendarmerie in der feierlich geschmückten Polizeihalle versammelt. Der Vorstand der Polizeischule, Regierungsrat La Fontaine, hielt die Verfassungsrede. Die Feier wurde durch Musikvortritte der Polizeikapelle besonders eindrucksvoll gestaltet.

Weitere Verfassungsfeiern in Baden

In Heidelberg brachte der Verfassungstag einen außerordentlich starken Verkehr. Karntags fand am Markt eine öffentliche Feier statt, an der der Heidelberger Sängerverband, der Arbeiterfängerbund, die Freiwilligen Sanitätskolonnen und die Feuerwehren, das Reichsbanner und der Stadtverband für Leibesübungen, Vertreter des Badischen Kriegerverbands und anderer Organisationen teilnahmen. Vorher hatte im Bürgerauschuhssaal die Ehrung verdienter Feuerwehrleute stattgefunden. Im Laufe des Tages, vor allem nachmittags mit einem Sonderzug, waren die studentischen Teilnehmer der Darmstädter Olympiade in Heidelberg eingetroffen, die zunächst dem Augbahnspiel Deutschland-Frankreich beimohnen. Abends haben sie sich von einem Festschiff aus die von der Stadt anlässlich des Verfassungstages gegebene Schloßbeleuchtung an.

Die Reichsbahn mußte nach Schluß der Schloßbeleuchtung, die die letzte dieses Jahres war, etwa 20 000 Personen in fünf Sonderzügen befördern. Die D. C. G. beförderte etwa 6000 Personen in 10 bis 12 Zügen nach Mannheim.

In Kehl war die von der Stadtverwaltung veranstaltete Festfeier aus Zweckmäßigkeitsgründen auf Sonntag abend festgelegt worden. Die feierlich geschmückte Festhalle war überfüllt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die von Musikvortritten umrahmt war, stand die Festansprache des Bürgermeisters Dr. Luthmer, die in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland ausklang. Darauf wurde das Deutschlandlied gesungen. Im Anschluß an die offizielle Festfeier fanden Langveranstaltungen statt. Am Vormittag belaneten die Schulkinder die von der Stadt gestifteten Beden und Wirtze.

Der Bürgerauschuh Schönau genehmigte den Gemeindevoranschlag 1930/31 mit den gleichen Umlageätzen wie bisher: Grundvermögen 88 Pf., Betriebsvermögen 36 Pf. und Gewerbesteuer 444 Pf.

Weiterer Bürgermeisterkandidat in Meßkirch. Für die auf den 17. August festgesetzte Bürgermeisterwahl in Meßkirch wurde auch vom Zentrum ein Kandidat aufgestellt. Es ist dies Dr. rer. pol. Kneeder, der zur Zeit im Verwaltungsdienst in Pforzheim tätig ist.

Wohnungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramm in Konstanz. Um durch Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Wohnungsnot zu lindern, hat die Stadt Konstanz ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt. Die Arbeiten dürften nur an ortsanfässige Unternehmer vergeben werden; die Unternehmer müssen sich verpflichten, nur in Konstanz wohnhafte Arbeiter zu beschäftigen. Das Bauprogramm wird zeitlich so eingestellt, daß die Bauwirtschaft ohne Inanspruchnahme auswärtiger Arbeiter auf längere Zeit beschäftigt ist. Am 6. August 1930 wurden 497 Arbeitslose unterstellt. Außerdem mußten von der städtischen Fürsorge wegen Ablaufs der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung unterstellt werden (Wohlfahrtsverbände) laufend 110 (108), vorübergehend 48 (46). Empfänger von Arbeitslosenunterstützung mußten außerdem ergänzend von der städtischen Fürsorge unterstellt werden: laufend 65 (65), vorübergehend 55 (55). Bei den städtischen Notstandsarbeiten waren beschäftigt 23 (21).

ld. Rheinfelden, 12. Aug. Der Direktor der Rheinfahrtwerke Rheinfelden-Augs-Whhlen, Prof. Dr. Paas, wurde aus Anlaß seines 60. Geburtstages seitens der Stadtgemeinde Rheinfelden das Ehrenbürgerrecht verliehen.

D. Billingen, 12. Aug. Die Zahl der nach Sowjetrußland auswandernden Feinmechaniker und Uhrmacher hat sich bis jetzt erhöht auf 50. Sie kommen von hier, Schwemningen, Schramberg, Furtwangen, Singen und Stuttgart und der Schweiz. Von hier gingen drei, von Schwemningen sieben Mann.

Deutsch-französisches Studententreffen in Mannheim

Das wegen der Reichstagswahlen verschobene deutsch-franz. Studententreffen findet nunmehr bestimmt in den Tagen vom 16. bis 21. September in Mannheim statt. Die Veranstaltung hat den Charakter einer Arbeitswoche, bei der das gegenseitige Denken, Fühlen und Wollen in bezug auf die Stellung des Studenten zu den Fragen der geistigen Zusammenarbeit der Völker dargestellt werden soll. Anschließend an die Tagung wird eine Fahrt nach Stuttgart unternommen, wo voraussichtlich eine große deutsch-französische Kundgebung stattfindet. — Ihr Erscheinen haben u. a. zugesagt: Prof. Dr. Curtius, einer der größten Frankreichkenner, Reichstagsabg. Joss als Präsident der deutsch-französischen Katholikentferenzen. Die deutsch-französische Gesellschaft unterstützt das Treffen durch ihren Präsidenten. Das Treffen ist nicht als eine Massenzusammenkunft gedacht. Es nehmen nur Studentenfürher und -vertreter aus Frankreich und Deutschland teil, die als Delegierte aus Frankreich und Deutschland, um in ernster, sachlicher Aussprache zu den Fragen der geistigen Zusammenarbeit der Völker, der Annäherung Frankreichs und Deutschlands, zur Stellung des Studenten als Kulturmittler, zum Studentenaustausch usw. Stellung zu nehmen. Es werden auf dem Treffen im Gegensatz zur üblichen Gewohnheit nicht ausschließlich prominente Vertreter sprechen.

Der Schmerzenskind „Fremdenverkehr“

Auf einer Münchener Tagung der Leiter der Fremdenverkehrsvereine wurde u. a. folgendes mitgeteilt:

Bad Ems hat drei Häuser selbst in der Hochsaison nicht geöffnet; Baden-Baden weist nur eine Belegung von etwa 50 Prozent auf; Wiesbaden wird in der Mehrzahl von Krankentouristen besucht, die in kleineren Häusern untergebracht werden. Der Rückgang in der Frequenz wird mit 40 Prozent angegeben. Bad Gastein, das um diese Jahreszeit früher voll besetzt war, ist nur zu drei Vierteln belegt. Die Schweiz muß einen Fremdenrückgang von 20 Prozent feststellen. In den schweizerischen Weltbädern schließen mehrere Häuser.

München hatte im vergangenen Mai eine Zunahme, im Juni einen Rückgang von 8 Prozent, im Juli schätzungsweise 20 Prozent. Während sich der August besser anläßt. Besonders starke Variationen weisen die einzelnen Gebiete im bayerischen Hochland auf. Ein härterer Ausländerverkehr, in dem diesmal auch Franzosen und Nordländer stärker hervortreten, ersetzt den Ausfall an deutschem Publikum.

Das Passionspiel in Oberammergau wirkt sich auf die übrigen Orte im Gebirge eher nachteilig als verbend aus. Man hat die Erfahrung gemacht, daß die Fremden die Kosten der Fahrt nach Oberammergau am Aufenthalt an anderen Orten gegen das Vorjahr kürzen.

Tagungen

Buchdrucker in Freiburg. In den Tagen vom 9.-11. August fand in Freiburg der zweite bad. Buchdruckerkongress statt, der sehr stark besucht war und vom Kreisvorsitzenden Reichthier (Karlsruhe) geleitet wurde. Auf dem Festbankett im katholischen Vereinshaus sprach der Vorsitzende der Zentralkommission der Deutschen Buchdrucker, Adernann (Berlin), über das Thema „Die Nationalisierung im Druckergewerbe“. Der Redner warnte vor einer allzugroßen Nationalisierung, die die Menschentrast ausbeute und immer mehr Menschen entbehrlich mache. Voraussetzung einer erhöhten Produktion sei eine Erhöhung des Absatzes, die aber nur gewonnen werden könne durch Aufrechterhaltung eines lauffähigen Konsumentums. Das Verlangen der Buchdrucker, an Stelle gelernter Arbeiter ungelernete an die Maschine zu stellen, müsse mit allen gebotenen Mitteln bekämpft werden. Mit der Tagung war eine Ausstellung von Druckmaschinen und -ergzeugnissen verbunden, die bis zum 18. August dauern wird.

Der Landesverband der Gwiber- und Statteurmeister Badens und der Pfalz hielt am Samstag und Sonntag in Heidelberg seine diesjährige Generalversammlung ab. Der neue Geschäftsführer des Verbands, Dr. Einwein (Freiburg), referierte über die Vertragsbedingungen auf der Grundlage der Verdingungsordnung. Die Wahlen ergaben bei Einstimmigkeit: 1. Vorsitzender Weimann (Freiburg), 2. Vorsitzender Mad (Heidelberg), Schatzmeister Imbleofer (Lörrach), Schriftführer Maier (Konstanz).

Aus der Landeshauptstadt

Ehrung verdienter Feuerwehrleute

Im Bürgeraal des Rathauses fand am Verfassungstag durch Vertreter der Regierung und der Stadtverwaltung die feierliche Übergabe der staatlichen und städtischen Ehrenzeichen an verdiente Mitglieder der vereinigten Feuerwehren Karlsruhe und Umgebung statt. Es wurden verliehen 4 staatliche und 3 städtische Ehrenzeichen den Mitgliedern für 40jährige, 13 für 25jährige und 17 für 20jährige Dienstzeit. Zu gleicher Zeit fanden auch in zahlreichen anderen Orten des Landes ähnliche Ehrungen statt, so in Wiesloch, wo ein Mitglied mit 50jähriger, 5 mit 40jähriger und 3 mit 25jähriger Betätigung in der Freiwilligen Feuerwehr besonders gefeiert und durch Ehrenurkunden und Ehrenzeichen belohnt wurden. Dem 50jährigen Mitglied, Friedrich Diebold, wurde das Ehrenkreuz des Badischen Feuerwehrverbandes verliehen.

Stadtgartenbesuch am Verfassungstag. Zu der Abendfeier am Verfassungstag sind 12 119 Eintrittskarten in den Stadtgarten abgegeben worden.

Zeppelinbesuch am 9. November in Karlsruhe? Von einer Karlsruher Zeitung wurde berichtet, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am 9. November Karlsruhe besuchen und auf dem Flugplatz eine Landung vornehmen werde. Dazu erfahren wir vom Luftschiffbau Friedrichshafen, daß eine Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“ am 9. November tatsächlich ins Auge gefaßt ist. Der Vorschlag für den Landungstag erging von der Stadt Karlsruhe, jedoch steht der endgültige Termin noch nicht genau fest.

Paris-Wien über Süddeutschland. Von den Reichsbahndirektionen Karlsruhe, Stuttgart und München ist als Fallprospekt ein illustrierter Streckenführer über die Route Paris-Strasbourg-Kehl-Baden-Baden-Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart-München-Wien herausgegeben worden. Eine große Auswahl von recht wirkungsvollen Illustrationen macht auf die vielseitigen Sehenswürdigkeiten der im Bereich der großen süddeutschen West-Ost-Haupttroute gelegenen Fremdenplätze aufmerksam, eine übersichtliche Streckenkarte und ein beigelegter Streckenfahrplan der Schnellzüge erleichtern die Orientierung. Die gut ausgestattete Druckschiff ist bei den Reise- und Verkehrsbüros sowie durch den Badischen Verkehrsverband Karlsruhe erhältlich.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Von der Küste der inzwischen nach Südschweden gewanderten Zyklogen hat uns kühlerer Winter erreicht. In ihrem Bereich haben wir das zeitweise wolfige u. windige Wetter behalten. Ein Hochdruckgebiet wandert vom Ozean heran und wird später Wessertung hervorrufen. Wetterausblick: Zunächst Fortdauer des meist stark wolfigen und kühlen Wetters bei westlichen Winden, trichweise noch Regen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ausfall der Iffezheimer landwirtschaftl. Rennen

D3. Iffezheim, 12. Aug. (Tel.) Der Rennverein Iffezheim hielt seine Generalversammlung ab, in der über Abhaltung oder Ausfall der diesjährigen landwirtschaftlichen Rennen Beschluß gefaßt wurde, die bekanntlich alljährlich eine Woche nach der Baden-Badener Großen Rennwoche abgehalten werden. Neben dem Vorsitzenden Hermann, der aus finanziellen Gründen von der diesjährigen Abhaltung der landwirtschaftlichen Rennen abriet, sprach Tierarzt Dr. Zimmermann (Kastell), der darauf hinwies, daß jeder Rennverein dieses Jahr mit seinen Rennen Manko gemacht habe, weil der Zugang zu den Rennen überall minimal gewesen und vom „Foto“ nicht mehr der frühere Gebrauch worden sei. Mit allen gegen eine Stimme entschied sich die Versammlung dafür, daß dieses Jahr keine Rennen gelaufen werden sollen.

Schwere Verkehrsunfälle

D3. Bruchsal, 12. Aug. Zwischen Langenbrücken und Stettfeld wollte ein Frankfurter Motorradfahrer zwischen einem Lastkraftwagen und entgegenkommenden Personenzug noch hindurchfahren. Er blieb am letzten hängen und stürzte. Die Soziusfahrerin kam unter den Lastwagen, und ein Bein wurde ihr völlig abgefahren. Der Fahrer erlitt schwere Verletzungen.

D3. Oberachern, 12. Aug. Gestern abend fuhr ein junger Mann von hier, namens Ludwig Körner, beim Ausweichen eines auf dem Rad fahrenden, ihm entgegenkommenden Mädchens dezent mit seinem Motorrad auf einen steinernen Gartenpfosten, daß er sofort bewußtlos mit mehreren Schädelbrüchen liegen blieb. Heute Nacht ist er seinen Verletzungen erlegen. Ein Mitfahrer kam mit geringeren Verletzungen davon.

D3. Offenburg, 12. Aug. In Dundenheim fuhr ein Auto auf einen Lieferwagen auf, der von Mitgliedern der Musikkapelle Jhenheim besetzt war. Der Autolenker Maier erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus Offenburg starb. Die Mitglieder der Musikkapelle Jhenheim wurden teilweise leicht verletzt. Die drei Insassen des Autos wurden ebenfalls verletzt.

D3. Kollnau 6. Baldich, 12. Aug. Gestern abend stieß in Emmendingen der 26 Jahre alte Schreinergehilfe Fritz Sorg aus Kollnau mit einem Auto zusammen, welches von einer Querstrecke in die Hauptstraße einbiegen wollte. Dabei erlitt Sorg so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

D3. St. Ulrich, 12. Aug. Gestern Abend wurde der selbige Fabrikarbeiter Franz Paul von Volkstschauen mit einem schweren Schädelbruch aufgefunden. Er war vom Motorrad gestürzt. Im Krankenhaus ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

D3. Heidelberg, 9. Aug. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der 43jährige Versicherungsdirektor G. Weiß aus Eilingen wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Angeklagte fuhr am 14. März d. J. nachts zwischen Wiesloch und Rühlod mit seinem Personenkraftwagen in einen Straßengraben gegen einen Straßenbahnmast. Hierbei wurde der Versicherungsoberrat Emil Kromm aus Mannheim tödlich verletzt. Der Angeklagte mußte nach einer umfangreichen Beweisaufnahme freigesprochen werden, weil ihm eine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte.

D3. Philippsburg, 13. Aug. Eine hiesige Familie ist an Blausäurevergiftung schwer erkrankt, jedoch liegt hier keine Lebensgefahr mehr vor. Dagegen ist eine mit dieser Familie verwandte Familie in Hohenheim unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Zwei Kinder sind bereits im Laufe des gestrigen Tages in Heidelberg gestorben. Die anderen Angehörigen befinden sich bereits auf dem Wege der Besserung. Die beiden Familien hatten im hiesigen Walde Pilze gesammelt.

D3. Wiltberg, 9. Aug. Gestern abend wurden durch die Gendarmerie zwei Männer polnischer Nationalität festgenommen. Sie wollten die deutsche Grenze nach Frankreich überschreiten, hatten aber nicht die nötigen Papiere für den Grenzübertritt. Sie gaben an, daß sie in Deutchen den Zug bestiegen und bis Durmersheim gefahren seien. Sie wollten nach Frankreich, um sich der polnischen Militärpflicht zu entziehen. Der eine ist ein Arbeiter, der andere ein Bergwerkspraktikant.

D3. Niederbühl, 12. Aug. Am Sonntagabend starb hier nach langer schwerer Krankheit Altbürgermeister Magnus Hermann im Alter von 78 Jahren.

CD. Freiburg i. Br., 12. Aug. General der Artillerie a. D. Max von Gallwitz, Ehrenbürger der Stadt Freiburg und Dr. h. c. der Universität Freiburg, der Gründer und 1. Kommandant des 6. Bad. Feldartillerieregiments 76, im Weltkrieg einer der bedeutendsten und erfolgreichsten Heerführer, bezieht am 13. Aug. die Wiederkehr des Tages, an dem er vor 60 Jahren als Kriegsfreiwilliger in das Feldartillerieregiment 9 eingetreten ist. Dem ersten Reichstags-Reichstag gehörte von Gallwitz als Mitglied der deutschnationalen Fraktion an, wo er den Wahlkreis Baden vertrat. General von Gallwitz befindet sich zur Zeit auf Reisen.

Id. Freiburg i. Br., 11. Aug. Bei dem offiziellen Rennschluß für die am kommenden Sonntag zum Austrag gelangenden internationalen Rennen um den ADAC-Bergrennfahrt haben 123 Teilnehmer, und zwar 80 Motorradfahrer und 43 Autorennfahrer, sich gemeldet, die sich aus insgesamt acht Nationen zusammensetzen.

D3. Badenweiler, 12. Aug. Im Alter von 88 1/2 Jahren starb am Samstag die Ehrenbürgerin von Badenweiler Frau Veria Joner. Sie verlor nicht nur den Aufstieg ihres eigenen Hauses, des Hotels Römerbad, sondern auch den Aufstieg Badenweilers zum führenden Kurort. Diese Entwicklung hat die Verstorbenen stets tatkräftig und energisch zu fördern verstanden, weshalb ihr die Gemeinde Badenweiler die Ehrenbürgerrechte verlieh.

Id. Dogern, 13. Aug. Nachdem gestern zwei Todesfälle an spinaler Kinderlähmung aus Lörzach gemeldet wurden, ist ein drittes Opfer in Dogern zu beklagen. Die erforderlichen Maßnahmen, die ein Umsichgreifen dieser schweren Krankheit verhindern sollen, sind sofort getroffen worden.

D1. Billingen, 12. Aug. Die vom Billinger Flugtag Heimkehrenden Flieger Breitenberger und Metz kamen bei Volkstschauen in die Lamm- und stürzten ab. Während die Piloten mit dem Schrecken davonliefen, wurde das Flugzeug zerschmettert.

W.D. Straßburg, 12. Aug. In der Zeit vom 1. bis 10. August wurden im Departement Unterelsaß nur noch 17 Fälle von spinaler Kinderlähmung gemeldet. Man rechnet mit dem Erlischen der Epidemie im September.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Waschwimmersbach wurde zum drittenmal Heinrich Verbold mit 216 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat, Milchhändler Stumpf, erhielt 70 Stimmen. — In St. Wilhelm (bei Freiburg) wurde der bisherige Bürgermeister Leonhard Wolf mit 55 Stimmen wiedergewählt, während sein Gegenkandidat, Ratsschreiber Strohmaier, 29 Stimmen erhielt. Seit 1912 leitet Bürgermeister Wolf die Geschäfte der Schwarzwalddemogemeinde.

Arbeitslosigkeit und Fürsorgeleistungen. Eine Statistik des Deutschen Städtetages weist auf das bedauerliche Anwachsen der Fürsorgeleistungen hin. Im Lande Baden sind es namentlich Karlsruhe und Mannheim, die unter einem hohen Grad von Arbeitslosigkeit und dem Anschwellen der Wohlfahrtsverbandslisten zu leiden haben. Die badische Landesregierung mußte im ersten Vierteljahr 1930 rund 1,6 Millionen M für Wohlfahrtszwecke ausgeben. Davon entfällt ein Betrag von nahezu 400 000 M auf die Wohlfahrtsverbandsstellen. — Anfang August zählte Mannheim 27 000 Arbeitslose, davon 20 688 Männer und 6471 Frauen. Rund 15 000 Personen bezogen Unterstützung.

Mannheimer Eingemeindungsvorschläge. In der Frage der Eingemeindung Seddenheims ist mit dem Abschluß der Arbeiten in den Ausschüssen die erste Etappe erreicht. Die ausgearbeitete Vorlage dürfte bereits in nächster Zeit im Mannheimer Stadtrat und im Seddenheimer Gemeinderat zur Beratung gestellt werden.

Aus dem Gemeinderat Schwellingen. Nachdem der Bürgerausschuß 1930 dem vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltsplan die Zustimmung verweigert hat, wurde nach Erörterung von Abänderungsanträgen der Fraktion des Bürgervereins, nach Prüfung der neuen Besteuerungsmöglichkeiten, die sich aus der Notverordnung ergeben und in Erwägung dessen, daß erneut mit erheblichen Kürzungen der Steuerüberweisungen des Reiches zu rechnen ist, beschlossen, daß der Haushaltsplan des Bürgerausschußes erneut vorgelegt wird. Zur Vorbereitung des Projektes wegen Erstellung eines neuen Schwimmbades wurde eine Kommission eingesetzt.

Der Bürgerausschuß Willstätt genehmigte den neuen Gemeindevoranschlag, wonach die Umlage für 1930 vom Grundvermögen 75 Pf., vom Betriebsvermögen 30 und vom Gewerbevermögen 362,5 Pf. beträgt. Die Gemeindefürer sind gegen das Vorjahr um 5 Pf. herabgesetzt. Die Gemeinde Willstätt steht damit unter 1100 badischen Gemeinden an 880. Stelle.

Aus dem Bürgerausschuß Leisnurt (bei Rehl). Nachdem zwei Bürgerausschußmitglieder nicht beschlußfähig waren, infolge Obstruktion gegen den Voranschlag, war die letzte, dritte Sitzung knapp beschlußfähig. Der Voranschlag wurde dann auch mit knapper Mehrheit angenommen, wonach im Rechnungsjahr 1930 erhoben werden vom Grundvermögen 56, vom Betriebsvermögen 23 und vom Gewerbevermögen 420 Pf. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden zustimmende Erledigung.

Der Voranschlag von Fullendorf für 1930/31 steht die gleiche Umlage wie für das Vorjahr vor. Zur Deckung des 10 500 M betragenden Defizits wird eine Biersteuer von 3 M pro Hektoliter, ebenso der Lichtstrompreis um 10 Pf. pro Kilowattstunde erhöht. Der Voranschlag ist aus Ersparnisgründen nicht gedruckt worden.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

| | 13. August | | 12. August | |
|--------------------|------------|--------|------------|--------|
| | Geld | Kreis | Geld | Kreis |
| Amsterdam 100 G. | 168.54 | 168.58 | 168.58 | 168.92 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.16 | 112.38 | 112.16 | 112.38 |
| Paris 100 F. | 21.91 | 21.97 | 21.91 | 21.97 |
| London 100 £. | 20.37 | 20.41 | 20.369 | 20.409 |
| New York 1 D. | 4.182 | 4.190 | 4.1815 | 4.1895 |
| Brüssel 100 Fr. | 16.45 | 16.49 | 16.45 | 16.49 |
| Schweiz 100 Fr. | 81.345 | 81.405 | 81.345 | 81.505 |
| Wien 100 Schilling | 59.115 | 59.285 | 59.105 | 59.225 |
| Prag 100 Kr. | 12.404 | 12.424 | 12.404 | 12.424 |

KommunalDarlehen

vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMAN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Zeiberg. O. 787. Güterrechtsregistereintrag zu S. 15. Glöckler, Johann, Heizer in Zeiberg-Schonach, geb. Hettlich. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
Zeiberg, 12. August 1930.
Bad. Amtsgericht.

in der Vertrauensperson als Treuhänder übertragen werden sollen. (§ 59 Verfl. O.)
Karlsruhe, den 8. 8. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.
Karlsruhe. O. 788. Güterrechtsregistereinträge.
1. Zu Band I Seite 440: Lichtenwalter Franz, Photograph, Karlsruhe, und Rosa geb. Wegel. Vertrag vom 4. April 1930. Gütertrennung.
2. Seite 441: Martin Josef VI., Maurer, Mörch, und Emilie geb. Hubig. Vertrag vom 22. April 1930. Gütertrennung.
3. Seite 442: Doll Rudolf, Dentist, Karlsruhe, und Paula geb. Wolf. Vertrag vom 11. Juli 1930. Gütertrennung.
4. Seite 443: Hehl Friedrich, Chauffeur, Eggenstein, und Hilte geb. Nagel. Vertrag vom 16. Juli 1930. Erzungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
5. Seite 444: Maurer Wilhelm, Schreinermeister, Karlsruhe, und Maria geb. Müller. Vertrag vom 25. April 1930. Gütertrennung.
6. Seite 445: Gorenflo Verthold Jakob, Kaufmann, Karlsruhe, und Luise geb. Vacroiz. Vertrag vom 17. Juli 1930. Gütertrennung. 6. 8. 1930.
7. Seite 446: Hartmann Jakob, Schneidermeister,

Der Basler Rheinhafenverkehr im Juli zeitigte einen neuen Rekord, indem 182 043 Tonnen umgeschlagen wurden, eine bisher noch nie erreichte Monatsziffer. Zum erstenmal in diesem Jahre überstieg der Rheinverkehr (113 524 Tonnen) den Kanalverkehr (68 522 Tonnen). In den sieben ersten Monaten dieses Jahres betrug der Güterumschlag 659 525 Tonnen, d. h. doppelt soviel, als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres und bereits mehr als im ganzen Jahre 1929. Diese sprunghafte Entwicklung der Schifffahrt ist zum Teil den bisherigen ausgezeichneten Wasserverhältnissen des unregulierten Stromes zu verdanken.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG. in Essen. Vätertermeldungen zufolge wird für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr mit der Verteilung einer Dividende von wieder 10 Pros. gerechnet. Trotz der allgemein ungünstigen Lage der Gesamtwirtschaft hat sich der Stromabsatz auch im abgelaufenen Geschäftsjahre weiter gehoben. Auch das neue Geschäftsjahr zeigt eine durchaus günstige Weiterentwicklung der Abgabe von Strom und der Beteiligungen des Konzerns.

Der Aktienindex. Der vom Stat. Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 4.—9. Aug. 1930 auf 102,8 gegenüber 105,3 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 98,4 (101,4), Gruppe verarbeitende Industrie auf 91,1 (94,6) und Gruppe Handel und Verkehr auf 125,5 (127,3).

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die abgeordnete Gemarlung St. Blasien. Die zwischen dem Eigentümer der abgeordneten Gemarlung St. Blasien einerseits, der Stadtgemeinde St. Blasien und den Gemeinden (Orten) Häusern, Blafwald, Oberbach, Urzberg und Bernau-Außertal andererseits abgeschlossenen Vereinbarungen über die Aufteilung der abgeordneten Gemarlung St. Blasien wurden mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt.

Karlsruhe, den 7. August 1930.

Der Minister des Innern:

J. V. Weigel.

Bekanntmachung

Antrag der Stadtgemeinde Lauda auf Enteignung eines Teils des Grundstücks Lgh. Nr. 299 der Gemarlung Lauda.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 26. Juli 1930 Nr. 8485 gemäß §§ 1, 31 und 32 des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, daß der Eigentümer des Grundstücks Lgh. Nr. 299 der Gemarlung Lauda verpflichtet ist, von diesem Grundstück 46 qm Vorgartengelände gegen vorherige Entschädigung an die Gemeinde Lauda zur Durchführung der Gehweganlage der Bahnhofstraße abzutreten.

Karlsruhe, den 9. August 1930.

Der Minister des Innern:

J. V. Weigel.

Bekanntmachung

Antrag der Rheintraftwerk Albrud-Dogern Aktiengesellschaft in Waldshut auf Enteignung des Grundstücks Lgh. Nr. 372 der Gemarlung Albrud.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 26. Juli 1930 Nr. 8486 gemäß §§ 1, 31 und 32 des Enteignungsgesetzes ausgesprochen:

1. daß die Eigentümer des Grundstücks Lgh. Nr. 372 der Gemarlung Albrud verpflichtet sind, von diesem Grundstück zum Zweck der Durchführung eines Werkkanals und der Anlage eines Anschlußgleises 2 Teilstücke nach Maßgabe des vorgelegten Planes im Gesammaß von etwa 56 ar 80 qm nach vorgängiger Entschädigung an die Rheintraftwerk Albrud-Dogern Aktiengesellschaft abzutreten.
2. daß der Unternehmer die Verpflichtung auferlegt wird, zugunsten des den bisherigen Eigentümern verbleibenden Grundstücksteils einen hinreichend sicheren Abschluß dieses Grundstücksteils gegen den geplanten Werkkanal zu erstellen und dauernd zu unterhalten.
3. daß die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens gemäß § 32 des Enteignungsgesetzes auf 1 Monat festgesetzt wird.

Karlsruhe, den 9. August 1930.

Der Minister des Innern:

J. V. Weigel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:

Forst- und Domänenabteilung

übertragen:

Das Forstamt Kastatt dem Forstrat Walter Ebert in Waldshut.

Ernannt:

Zu Forststraten die Forstassessoren: Rolf Rillius von Reichart, Hans Wagner von Aglasterhausen, Hans Wilmann von Freiburg und Alexander Geier von Billingen.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Karlsruhe, und Marie geb. Bausch. Vertrag vom 26. Juli 1930. Gütertrennung. 8. 8. 1930.
Amtsgericht Karlsruhe.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
DOSENHEIM A. D. BRUCH
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL